



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland **Klausurtagung auf dem Petersberg** **Gedenken an gefälschte Kommunalwahlen in der ehemaligen DDR**

Anfang der letzten Woche haben die geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen von Union und SPD im Rahmen einer harmonischen und konstruktiven Tagung auf dem Petersberg bei Bonn gute Ergebnisse erarbeitet.

In erster Linie haben sie sich dabei mit der Situation in der Ukraine befasst. Die Lage ist dort nach wie vor sehr ernst. Das macht uns große Sorgen. Wir appellieren an alle Beteiligten, jede weitere Destabilisierung in der Ukraine zu unterlassen und endlich zur Deeskalation beizutragen. Wir sind froh und dankbar, dass die von prorussischen Separatisten festgehaltenen Mitglieder der OSZE-Beobachtermission, darunter vier Deutsche, inzwischen freigelassen worden sind und unversehrt zu ihren Familien nach Hause zurückkehren konnten. Die Mission der OSZE-Militärbeobachter fand im Rahmen des so genannten Wiener Dokuments der OSZE statt, sie war international abgestimmt und stand in Übereinstimmung mit dem von allen OSZE-Mitgliedstaaten unterzeichneten Übereinkommen. Die Mission sollte einen neutralen, möglichst objektiven Überblick über die militärische Lage ermöglichen. Die dadurch gewonnenen Informationen sollen bei allen Beteiligten für Transparenz sorgen, zur Vertrauensbildung beitragen und Mechanismen zur friedlichen Konfliktlösung aufzeigen. Wir haben also allen Grund, unseren Soldaten dankbar zu sein und sie nicht zu kritisieren.

Die Krise in der Ukraine führt uns vor Augen, dass weder die EU noch gar Deutschland in der Lage wären, internationalen Krisen isoliert und alleine zu beenden. Daher ist es gut, dass wir in die transatlantische Wertegemeinschaft eingebunden sind und mit allen demokratischen Staaten gemeinsam handeln können.

Unser zweiter außenpolitischer Schwerpunkt lag auf Syrien, wo der Bürgerkrieg kein Ende nimmt und sich die Lage der Menschen immer weiter verschlechtert. Unsere auf dem Petersberg unterstrichene Position zur Lage in Syrien haben wir in dieser Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht. Unser entsprechender Antrag befasst sich nämlich u.a. auch mit der Situation der zahllosen syrischen Flüchtlinge.

In unserem Beschlusspapier zum finanziellen Verbraucherschutz haben wir unsere Vorstellungen zur fortschreitenden Finanzmarktregulierung umrissen. Weitere Beschlüsse betreffen die Sterbehilfe und die Verbesserung der Palliativmedizin sowie des ambulanten Hospizwesens. Darüber hinaus haben wir einen Beschluss zum ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hörbücher und E-Books gefasst und uns mit der Sicherung der Qualität in der psychiatrischen Versorgung in Deutschland befasst. **(mehr dazu unter: <https://www.cdusu.de/themen/beschluesse-der-koalitionsfraktionen>)**

Hochinteressante Gespräche haben wir auf dem Petersberg mit unseren Gästen geführt: Zunächst mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi. Von der Bankenunion über den Stresstest bis hin zu den Anleihekäufen haben wir alle Themen besprochen. Äußerst konstruktiv war auch der Austausch mit BDA-Präsident Ingo Kramer und dem designierten DGB-Vorsitzenden Reiner

Hoffmann, mit denen wir u. a. über die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren oder die Frage der Tarifeinheit debattiert haben. Wir können in Deutschland stolz sein auf unsere Form der Tarifpartnerschaft. Die Große Koalition findet in den Tarifpartnern konstruktive Ansprechpartner für die weitere Modernisierung des Landes.

Die Verhandlungen zum Rentenpaket – das ja auch den vorgezogenen, abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 bei 45 Beitragsjahren beinhaltet – laufen derzeit auf Hochtouren. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels in Deutschland wollen wir eine Frühverrentungswelle durch die befristet abschlagsfreie Rente mit 63 verhindern. Auch eine Verstärkung dieser Regelung ist keine Lösung. Wir haben hierzu eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Die Forderung unserer Mittelstandspolitiker nach einem flexiblen Renteneintritt, die seit Wochen auf dem Tisch liegt, findet unsere Unterstützung. Wir wollen Arbeitnehmern die Möglichkeit einräumen, ihre Arbeitszeit freiwillig über das Renteneintrittsalter hinaus zu verlängern. Das würde dem Mittelstand helfen, das bestehende Fachkräfteproblem etwas zu entschärfen. Den Menschen im Rentenalter würde es neben den finanziellen Vorteilen aber vor allem das Gefühl gegeben, noch gebraucht zu werden.

Verbände und Vereinigungen haben uns in vielen Gesprächen signalisiert, dass sie eine Flexibilisierung des Renteneintritts unterstützen. Sogar Gewerkschaften diskutieren das Thema durchaus positiv. Wenn sich jetzt Teile der SPD für eine solche freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit einsetzen, ist das eine gute Sache. Wir sollten das Thema nun frei von Ideologien anpacken und einer gemeinsamen Lösung zuführen.

Die Überwindung starrer Ideologien steht auch im Mittelpunkt der vielen Gedenktage dieses Jahres. Darunter auch eine Reihe an Jubiläen, die ausschließlich Grund zur Freude bieten. So öffnete sich im Mai vor 25 Jahren erstmals dauerhaft eine Lücke im sogenannten Eisernen Vorhang, der unseren Kontinent beinahe 50 Jahre lang getrennt hatte.

Ein wesentlicher Schritt, der zum Ende des SED-Regimes in der ehemaligen DDR beigetragen hat, war die Aufdeckung der massiven Fälschungen bei der Kommunalwahl in der DDR am 7. Mai 1989. Gestützt auf ein auch durch die Verfassung der DDR verbrieftes Recht aller Bürger auf Öffentlichkeit der Stimmabzählung, bildeten sich immer mehr Bürgerkomitees, die sich dieses Recht auch nahmen. Sie waren es, die dem SED-Staat nachweisen konnten, dass er die Ergebnisse der Wahlen fälschte. Die am 7. Mai 1989 bloßgestellte Einheitspartei verlor in den Augen vieler Menschen in der DDR zunehmend an Legitimität. Die Bürgerrechtsbewegung gewann über den Nachweis der Fälschung hingegen an Erkennbarkeit und Zuspruch.

Mit dem Nachweis der Wahlfälschungen begann ein unumkehrbarer Prozess, der zum Fall der Mauer und schließlich zum Ende der SED-Diktatur führte. Der Weg zur deutschen Einheit war frei – und damit am Ende auch der Weg zur europäischen Wiedervereinigung. Daran haben wir in einer Debatte im Deutschen Bundestag am Mittwochmittag erinnert.

Die Woche im Parlament

Friedliche Revolution in der DDR - Die Rolle der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Wir erinnerten an die massiven Wahlfälschungen im SED-Staat, deren Aufdeckung durch DDR-Bürger einen unumkehrbaren Prozess zur Überwindung der SED-Herrschaft auslöste.

Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2014). In 1. Lesung haben wir umfassende Maßnahmen zur Verringerung des Kostenanstiegs von Strom aus Erneuerbaren Energien beraten, deren weiterer Ausbau gleichzeitig gesichert wird. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält dazu eine Festlegung verbindlicher Ausbaukorridore, einen Abbau von Überförderungen, eine stärkere Marktintegration sowie eine stärkere Beteiligung der Eigenstromerzeuger an der EEG-Umlage. Die EU-rechtlich vorgegebene Neuregelung der besonderen Ausgleichsregelung für die stromintensive Industrie hat die Bundesregierung noch in dieser Woche in einem separaten Gesetzentwurf beschlossen. Wir werden dafür sorgen, dass sie im Zusammenhang mit der EEG-Novelle im Bundestag beraten und beschlossen werden können.

Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien – Unterstützung für die Nachbarstaaten. Die Situation der syrischen Flüchtlinge in der Krisenregion ist unverändert dramatisch. Immer mehr Menschen verlassen Syrien, so dass die Lebensbedingungen in den Anrainerstaaten immer schwieriger werden. In Deutschland leben mittlerweile mehr als 65.000 syrische Staatsbürger. Unser Land trägt seit 2012 mit mittlerweile mehr als 512 Mio. Euro zur humanitären Hilfe für die Flüchtenden bei. Wir unterstützen mit unserem Antrag, dass Deutschland und Europa gefordert sind, ihre Hilfsleistungen für Flüchtlinge aus Syrien zu verstärken. Hierbei ist zu prüfen, wie Deutschland in Zukunft weiterhin zielgenau zur Linderung der Not der Flüchtlinge beitragen kann.

Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes [Branche: Fleischindustrie]. Wir haben in 2./3. Lesung die unverzügliche Aufnahme der Branche „Schlachten und Fleischverarbeitung“ in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes beschlossen. Gerade die Arbeitsbedingungen in der fleischverarbeitenden Industrie galten aufgrund der hier nur eingeschränkt herrschenden Tarifstruktur oft als unangemessen. Der im Januar 2014 vereinbarte bundeseinheitliche Tarifvertrag für die Fleischindustrie, der einen Mindestlohn für alle Mitarbeiter in dieser Branche festschreibt, kann so auch für entsandte ausländische Arbeitnehmer greifen.

Europäischer Tag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Anlässlich dieses seit bereits 22 Jahren stattfindenden Europäischen Aktionstages, der an diesem Jahr auf den 5. Mai fiel, unterstrichen wir unsere Leitlinie in einer Debatte. Wir stehen für die gelebte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Koalitionsvertrag umfasst 20 Maßnahmen in allen Politikfeldern, mit denen wir dieses Leitbild umsetzen wollen. Im Zentrum unseres Bemühens steht dabei die Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen, aber auch die Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe.

Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen sicherstellen. Wir haben das durch unsere Fraktion beschlossene „Eckpunktepapier Rüstungsexporte“ gemeinsam mit der SPD in den Bundestag eingebracht. Unser auf der Koalitionsvereinbarung fußender Antrag enthält zwei Forderungen an die Bundesregierung. Zum einen soll ihr Rüstungsexportbericht künftig bereits vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause veröffentlicht werden und muss durch einen im Herbst jeden Jahres veröffentlichten Zwischenbericht für das erste Halbjahr des laufenden Jahres ergänzt werden. Darüber hinaus ist der Bundestag über abschließende Genehmigungen des Bundessicherheitsrates spätestens zwei Wochen nach dessen Entscheidung zu unterrichten.

Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes. Wir haben in 1. Lesung einen Gesetzentwurf beraten, der vor allem technische Anpassungen an dem in der 17. Wahlperiode verabschiedeten Gesetz vorsieht. Insbesondere wird die deutsche Definition von offenen und geschlossenen Fonds an europäisches Recht angepasst. Neue

regelungen betreffen die Rechtssicherheit der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz - GKV-FQWG). Wir widmeten uns in 1. Lesung der Weiterentwicklung der Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenkasse. Der Gesetzesentwurf legt u.a. den paritätisch finanzierten Beitragssatz von derzeit 15,5% auf 14,6% fest. Dabei wird der Arbeitgeberanteil auf 7,3% gesetzlich festgeschrieben. Der bestehende pauschale kassenindividuelle Zusatzbeitrag wird umgewandelt in einen prozentualen Zusatzbeitrag vom beitragspflichtigen Einkommen. Nicht zuletzt sieht der Gesetzesentwurf die Gründung eines fachlich unabhängigen, wissenschaftlichen Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen durch den gemeinsamen Bundesausschuss vor.

Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Wir streben eine Umsetzung einer „Kultur der unverzüglichen Zahlung“ in den deutschen Alltag an, wie sie von einer EU-Richtlinie gefordert wird. Der Gesetzesentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, bestimmt hierzu Fristen für Allgemeine Geschäftsbedingungen aber auch Individualverträge, sowie mögliche Sanktionen bei deren Überschreitung.

Daten und Fakten

Welthandel aufwärts gerichtet. Der Containerumschlag-Index des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ist im März von 120,5 auf 122,6 gestiegen und erreichte damit seinen bisher höchsten Wert. Im Verlauf des letzten Halbjahres hat der Index um insgesamt 5 Punkte zugelegt, was auf stabile Zuwächse des Welthandels hindeutet. In den Index gehen die Angaben zum Containerumschlag in 75 internationalen Häfen ein, die rund 60% des weltweiten Containerumschlags tätigen. Da der internationale Handel im Wesentlichen per Seeschiff abgewickelt wird, lassen die Containerumschläge zuverlässige Rückschlüsse auf den Welthandel zu. Weil viele Häfen bereits zwei Wochen nach Ablauf eines Monats über ihre Aktivitäten berichten, ist dieser Index ein zuverlässiger Frühindikator der Entwicklung des internationalen Handels mit verarbeiteten Waren und damit auch der weltwirtschaftlichen Aktivität.

(Quelle: RWI)

Geschäftsklimaindex gestiegen. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im April auf 111,2 Punkte gestiegen (Vormonat: 110,7). Die bisher schon gute Geschäftslage hat sich weiter leicht verbessert. Die Unternehmen schauen zudem wieder zuversichtlicher auf die weitere Geschäftsentwicklung. Trotz der Krise in der Ukraine setzt sich die positive Grundstimmung durch. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index auf den höchsten Wert seit Juli 2011 gestiegen. Die Exportaussichten bleiben weiterhin gut. Die Kapazitätsauslastung ist um fast einen Prozentpunkt auf 84,3% gestiegen. Auch der Großhandel bewertet die aktuelle Geschäftslage merklich besser und liegt damit auf ähnlichem Niveau wie zuletzt im Frühjahr 2012. Im Einzelhandel hat der Index auf hohem Niveau jedoch etwas nachgegeben. Im Bauhauptgewerbe hellte sich das Geschäftsklima minimal auf. Zwar wurde die aktuelle Geschäftslage deutlich besser beurteilt als im Vormonat, die Erwartungen für die nächsten sechs Monate gaben allerdings das 3. Mal in Folge nach.

(Quelle: ifo Institut)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Enak Ferlemann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.